

Ostland

Saltmonatschrift für Ostpolitik / Herausgeber: Bund Deutscher Osten e. V.

Nr. 8

Berlin, den 15. April 1937

18. Jahrgang

Südflawien und Polen

Die politischen Ereignisse, die sich während der letzten Monate in Südosteuropa abgespielt haben und in deren Mittelpunkt Südflawien steht, haben der Presse des In- und Auslandes verschiedentlich Anlaß gegeben, die Grundlinien der südflawischen mit denjenigen der polnischen Außenpolitik in Parallele zu stellen. Bei der weitgehenden Verschiedenheit der politischen Umwelt, in die die beiden Staaten hineingestellt sind, läßt sich von einer wirklichen Parallelität ihrer Außenpolitik natürlich kaum sprechen. Doch weisen die Methoden, wie sie sich aus dem Zwange der anorganischen Machtkonstruktion, in die sie durch die Pariser Vororddikate hineingepreßt wurden, zu lösen versuchen, eine gewisse Ähnlichkeit auf. Wie seiner Zeit Polen den von Barthou und Litwinow vorgeschlagenen Ostpakt abgelehnt hat, so hat jetzt auch Südflawien dem von französischer Seite propagierten Plane einer Erweiterung der gegenseitigen Beistandsverpflichtungen der Kleinen Entente seine Zustimmung versagt. Und wie sich Polen seiner Zeit durch die Nichtangriffspakte mit der Sowjetunion und dem Deutschen Reich eine größere Handlungsfreiheit gegenüber Frankreich zu schaffen gemußt hat, so hat auch Südflawien jetzt seine Grenzen durch die Pakte mit Bulgarien und Italien zu entlasten verstanden.

In Polen ist diese südöstliche Entwicklung mit einiger Befriedigung festgestellt worden, weil sie die tschechische Position im Südosten zu schwächen, die praktische Bedeutung der Kleinen Entente zu mindern und den weiteren Einbruch der sowjetischen Politik nach Mitteleuropa zu hemmen verspricht. Daran aber ist Polen um so mehr interessiert, als die Zusammenarbeit zwischen Moskau und Prag nicht nur die polnischen Expansionspläne im östlichen Mitteleuropa durchkreuzt, sondern letzten Endes den territorialen Besitzstand des polnischen Staates bedroht. Die Rückwirkungen dieser Zusammenarbeit sind in letzter Zeit in dem Buche eines tschechischen Politikers, des ehemaligen Gesandten in Bukarest, Seba, mit großer Offenheit und — von Prag aus gesehen — mit zwingender Logik dargelegt worden. Seba hat in seinem Buche „Sowjetrußland und die Kleine Entente in der Weltpolitik“ (das als das tschechische Gegenstück zu dem polnischen Buch von Studnicki „Polen im System der europäischen Politik“ aufgefaßt werden kann) die Sicherung der militärischen Zusammenarbeit zwischen Prag und Moskau durch die Abtrennung ostgalizischer Gebietsteile vom polnischen Staate gefordert.

Solange es nicht gelingt, Prag von derartigen, für Polen bedrohlichen Absichten abzubringen, hat Warschau allerdings allen Grund, jede Entwicklung gutzuheißen und, wenn möglich, zu fördern, die geeignet ist, die Tschecho-Slowakei in Mitteleuropa zu isolieren. Daher die betonte Pflege freundschaftlicher Beziehungen zum revidionistischen Ungarn. Daher die Bemühungen, die Spuren der sowjetfreundlichen Haltung, die Titulescu in der rumänischen Außenpolitik hinterlassen hat, zum Verschwinden zu bringen. Daher auch die Unterstützung jener slowakischen Kreise, die in Opposition zu der Prager Außenpolitik stehen. Und daher schließlich auch die Genugtuung, die Polen jetzt über die außenpolitischen Selbständigkeitseregungen Belgrads empfindet. Zweifellos bedeuten die Pakte Südflawiens mit seinen Nachbarn eine weitere Lockerung der Kleinen Entente. Belgrad hat daselbe Recht, von dem Prag im vergangenen Jahre beim

Abschluß seines Bündnisses mit Moskau Gebrauch gemacht hat, auch für sich in Anspruch genommen, nämlich das Recht über die Köpfe der anderen Mitgliedsstaaten hinweg eine eigene Außenpolitik zu betreiben. Noch mehr: Belgrad hat, wie es scheint, bis zu einem gewissen Grade die Einheitsfront gegen Ungarn durchbrochen und damit gegen den eigentlichen Sinn dieses auf der Moral von Trianon beruhenden politischen Zweckverbandes verstoßen. Es sind zwar vorerst keine positiven Anhaltspunkte für eine solche Annahme vorhanden; auch hat Belgrad die letzte Lagung der Außenminister der Kleinen Entente und den anschließenden Besuch des tschechischen Staatspräsidenten Beneš dazu benutzt, um den Bundesgenossen sein grundsätzliches Festhalten an der antirevisionistischen Front zu versichern.

Es scheint aber, daß Italien in eigenen Interesse (und natürlich nicht gegen den Willen Belgrads) auf Budapest im Sinne eines ungarischen Revisionsverzichts gegenüber Südslawien eingewirkt hat. Der mögliche Erfolg einer solchen italienischen Einwirkung aber bedeutet, daß für Südslawien die Ursprungsgründe der Kleinen Entente hinfällig werden; und er bedeutet voraussichtlich weiter, daß sich der ungarische Revisionismus (dem gegen Südslawien ja ohnehin die völkischen Grundlagen fehlen) mit verstärktem Nachdruck gegen die anderen Gewinner von Trianon wendet, vor allem natürlich gegen den in seinem slowakischen Korridor besonders empfindlichen tschechischen Nachbarn. Für Polen kann das nur angenehm sein. Denn — was das offizielle Warschau auch gegen das oben erwähnte Buch von Studnicki einwenden mag — zu den großen Zielen der polnischen Politik gehört die gemeinsame Grenze mit Ungarn, ebenso wie die gemeinsame Grenze mit der Sowjetunion nicht erst seit dem Buch von Seba zu den Zielen der tschechischen Außenpolitik zählt.

Paris hat auf die Pakte Stojadinowitschs ähnlich reagiert wie seiner Zeit auf die Gewaltverzichtspakte Verds. Es sieht sich noch einmal und diesmal in dringlicherer Weise als vor drei Jahren vor die Frage gestellt, ob es die Selbstständigkeitsregungen seiner Bundesgenossen im östlichen Mitteleuropa wieder mit einer Verstärkung seiner Bindungen an Moskau beantworten oder diese Regungen schonend behandeln und durch ein langames Abdrücken von Moskau die alten Verbündeten wieder fester an sich heranziehen soll. Von der Entscheidung, die Paris in dieser für ganz Europa bedeutsamen Angelegenheit trifft, hängt nicht nur die Zukunft der Kleinen Entente, sondern auch die künftige Gestaltung des polnisch-tschechischen Verhältnisses ab.

Von den deutschen Ortsnamen in Polen

Eine polnische Verordnung . . .

Am 24. Oktober 1934 wurde durch eine Verordnung des polnischen Staatspräsidenten bestimmt, daß Ortsnamen „im öffentlichen Gebrauch“ nur in ihrer polnischen Version gebraucht werden dürfen. Schon damals vertrat die polnische Presse den Standpunkt, daß es auf Grund dieser Verordnung den deutschen Zeitungen in Polen nicht mehr erlaubt sei, die in Polen gelegenen Orte mit ihren deutschen Namen zu nennen. Und tatsächlich wurden die „Kattowitzer Zeitung“ und der „Oberschlesische Kurier“ wegen des Gebrauchs deutscher Ortsnamen mehrfach bestraft, obwohl durch den Artikel 134 der Genfer Konvention der Gebrauch der deutschen Sprache, also auch des deutschen Ortsnamengutes, garantiert worden war. Kürzlich ist nun vom polnischen Innenminister auf Grund der Verordnung von 1934 im „Monitor Polski“ eine vom 28. Februar 1937 datierte Liste der in der Wojewodschaft Schlesien gelegenen Orte veröffentlicht worden, deren deutsche Bezeichnungen „im öffentlichen Gebrauch“ verboten sein sollen. Durch diese Bekanntmachung haben sich die deutschen Zeitungen der Wojewodschaft Schlesien zunächst gezwungen gesehen, bei Ortsangaben die polnischen Namensformen zu bringen. Zwei Tage später haben sie jedoch wieder die deutschen Namen anwenden können.

Es erscheint angebracht, einige Bemerkungen zu dieser Frage zu machen. Es soll nicht untersucht werden, aus welchen Gründen der Rückzug der polnischen Behörden erfolgt ist. Die Vorschrift des Genfer Abkommens mag hier mitgespielt haben. Es ist aber auch

anzunehmen, daß die Leiter der polnischen Volksplitter in Deutschland sich für die Rückgängigmachung der Maßnahme eingesetzt haben. Denn die in Deutschland erscheinenden polnischen Blättchen bedienen sich durchweg und ausnahmslos polnischer Bezeichnungen für reichsdeutsche Orte. Sie schreiben niemals Allenstein, Leipzig, Breslau, Beuthen, Marienburg, Marienwerder usw., sondern immer Olsztyn, Lipsk, Wrocław, Malbork, Kwidzyn, usw. Sie denken auch gar nicht daran, sich der deutschen Namen zu bedienen, die (in Uebereinstimmung mit dem Volkswillen und der nationalen Zugehörigkeit der Bevölkerung) für fremd klingende und unverständlich gewordene Ortsnamen in Oberschlesien und in Ostpreußen eingeführt worden sind. Sie gehen noch weiter: Sie gebrauchen auch für manche Städte West- und Süddeutschlands, wie Aachen, München usw., polnische Namensformen: Akwizgran, Monachium usw. Sie schreiben auch nicht „Hindenburg“, obwohl dieser Ort als Stadt niemals anders geheißen hat und mit dem Dorf Zabrze nicht identisch ist. Es ist selbstverständlich, daß das Verbot des Gebrauchs der deutschen Ortsnamen für die deutsche Presse in Polen automatisch ein Verbot der Verwendung polnischer Ortsnamen für die polnischen Blättchen im Deutschen Reiche hervorzurufen muß. Ueber diese Auswirkung der Warschauer Maßnahmen scheinen sich die Leiter der polnischen Volksplitter im Klaren gewesen zu sein. Sie verlieren sehr ungern die Freiheit der Ortsbenennung, die ihnen ein Mittel ist, die Fiktion vom „polnischen“ Charakter Ostdeutschlands aufrechtzuerhalten.

. . . . und ihre deutsche Nachanwendung.

Bei dieser Gelegenheit ist es auch nützlich, wieder einmal daran zu erinnern, daß im Gebiet des heutigen polnischen Staates eine Fülle verschollener deutscher Ortsnamengutes vorhanden ist, und daß es ein Akt historischer Selbstbesinnung wäre, dieses Namensgut der deutschen Öffentlichkeit wieder zu Bewußtsein zu bringen. Es gibt z. B. im Gebiet des heutigen Korridors zahlreiche, wohl einige hundert Dörfer, die in der Zeit der deutschen Ordensherrschaft entstanden, mit deutschen Bauern besetzt und zum größeren Teil auch mit deutschen Namen benannt worden sind. Diese Namen, die die ursprünglichen Ortsbezeichnungen waren, da ja die Dörfer nahezu restlos auf bis dahin unbesiedelten Lande angelegt wurden, sind unter der späteren polnischen Herrschaft (ebenso wie viele deutsche Familiennamen) polonisiert worden; und die preussische Verwaltung hat es in den 150 Jahren, in denen sie nach der Befreiung des alten Ordenslandes über das Land gebieten konnte, veräußert, diese in Vergessenheit geratenen Zeugen einer großen deutschen Vergangenheit wieder zur Geltung zu bringen. An Beispielen hierfür ist kein Mangel: Klonowken = Tränghoff, Kokoschken = Hennewalde, Skowez = Schoritz, Piemonikowo = Penzkau, Jeschowo = Gezau, Wldig-Dombrowken = Neu Schutzen, Grutta = Frankenhain, Linowo = Lindenau, Lopatken = Rieslingswalde, Szpanken = Dietrichsdorf, Biskupisz = Arnolds-walde usw. Die preussische Verwaltung hat sich darauf beschränkt, die Schreibung der Namen, die sie bei der Wiedervereinigung Westpreußens mit dem Reiche vorfand, ein wenig dem deutschen Sprachgebrauche anzugleichen. Auf die Wiederherstellung der ursprünglichen Namen aber hat sie verzichtet. Die Polen haben daraus in Versailles ihren Nutzen gezogen.

Aber nicht nur im alten Ordensland, sondern auch im ganzen übrigen Polen wäre mancher deutsche Name, der in den Zeiten der politischen Schwäche und des geschichtslosen Denkens verloren ging, für das deutsche Volk wieder zu einem lebendigen Besitze zu machen. Wenn man sich daran erinnert, daß es nur wenige Städte in Polen gibt, die nicht nach deutschem Rechte gegründet wurden und an deren Gründung nicht auch deutsche Bürger, meist führend, beteiligt waren, wenn man sich weiter daran erinnert, daß der Deutsche Orden und die Hanse, (von denen unsere Zeit in bezug auf die Hochachtung der deutschen Sprache in fremden Ländern noch manches lernen könnte), die Orte, in denen deutsche Bürger saßen und mit denen sie Beziehungen unterhielten, grundsätzlich mit deutschen Namen benannten, dann wird es einem ohne weiteres klar, daß die paar Städtenamen Mittel- und Südpolens, deren deutsche Bezeichnungen der deutschen Öffentlichkeit heute geläufig sind, wie Warschau, Lemberg, Krakau usw. nur kümmerliche Reste einer leichtfertig preisgegebenen geschichtlichen Ueberlieferung sind. Wer weiß heute noch, daß der Orden nicht Grodno, sondern Gorden, nicht Wilna, sondern Willen, nicht Krak, sondern Traken gesagt hat! Wer weiß noch,

daß Lublin einmal Lobelyn hieß! Nur wenige wissen, daß Bloclawek, der alte Bischofsitz an der Weichsel, durch Jahrhunderte als Leslau und das nahegelegene Nieszawa als Nessay allbekannt waren! Und selbst ein in der Geschichte so bedeutungsvoller Name wie Aufschwiz scheint zugunsten von Dawicim verloren zu gehen.

Sieht man sich einmal eine polnische Landkarte von Westgalizien an, dann wird man mit einiger Phantasie in zahlreichen Städtenamen noch die alte, ursprüngliche deutsche Namensform durchschimmern sehen. Nur einige Beispiele sollen angeführt werden. Aus Orynberg ist Grybów, aus Schönbereg Szymbark, aus Rosenberg Rosembark, aus Ödlich Gorlice, aus Pilsen Pilzno, aus Friesat und Freyenstein Frystat, aus Schönwald Szymwald, aus Krossen Krosno, aus Landshut Lancut, aus Bernhau Binarowa, aus Apta Upatow geworden. Die Reihe ließe sich um zahlreiche andere deutsche Ursprungsamen verlängern. Uebrigens sind all diese Namen auch geschichtlich insofern interessant, als sie die Herkunft der deutschen Ortsgründer aus den damals, im 13. und 14. Jahrhundert, bereits eingedeutschten niederschlesischen Gebieten verraten. Es kommen noch manche andere galizische Städte hinzu, deren ursprünglicher, deutscher Name ohne lautliche Anlehnung an die deutsche Sprache polonisiert worden ist: Kety im alten Herzogtum Aufschwiz hat einmal Libenwerde geheißen; Zator in Westgalizien hat den deutschen Namen Neuenstat (Neuenstadt) getragen. Wieliczka, das durch seine Salzbergwerke weltberühmt geworden ist, hat in den Jahrhunderten, in denen Krakau eine deutsche Stadt war, Groß-Salze und das benachbarte Bochnia Klein-Salze oder Salzberg geheißen. Rzeszow ist einmal als Reichshof deutscher Grenzort Polens gegen Kottreusen gewesen. Neumarkt am Fuße der Hohen Latra verdient in seiner deutschen Namensform (statt Nowy Targ) ebenso erhalten zu werden, wie kein Anlaß besteht, statt Lentschitz Lezycza zu sagen. Oder um einige Posener Beispiele zu nennen: Zutroschin hat einmal den guten deutschen Namen Morginberg getragen. Hohenfalza für Inowracław hat sich behauptet; es lohnt sich aber, daran zu erinnern, daß sein alter deutscher Name Jung-Leslau gewesen ist. Bei Pleßchen gibt es ein Dorf, das heute als Kotlin bekannt ist; sein alter Name aber ist Kesselberg gewesen. Das heute zum Posener Stadtbereich gehörende Winiary ist einmal Weinern genannt worden. Für die Kreisstadt Schroda hat es den Namen Niemarche gegeben, u. a. m.

Außer diesen deutschsprachigen Ortsbezeichnungen, deren Wiederbelebung in der deutschen Literatur und z. T. auch im deutschen Sprachgebrauch, als eine Forderung geschichtlichen Denkens, nicht unmöglich sein sollte, gibt es noch eine ganze Reihe deutscher Gebrauchsformen für polnische Ortsnamen. Wie kein Anlaß besteht, statt Warschau Warszawa oder statt Krakau Krakow zu sagen, so sollte auch immer darauf geachtet werden, daß in deutschen Veröffentlichungen nicht Piotrkow sondern Petrikau, nicht Gzestochowa und auch nicht Gzenstochau, sondern Eschenstochau, nicht Kamieniec Podolski, sondern Podolisch Kamenz, nicht Brzesz nad Bugiem oder Bresch-Witowak sondern Bresch am Bug oder Litauisch Bresch, nicht Przemysl sondern Premissel geschrieben wird. Es ist auch nicht nötig, daß man Luck oder Plock schreibt; es ist zweckmäßiger, diese Namen so zu schreiben, wie sie gesprochen werden, nämlich Luzk und Plozk.

Man sage nun nicht, das wären Spitzfindigkeiten! Wenn es die Polen durch den ganzen Gang ihrer Geschichte für notwendig und richtig gehalten haben, deutsches Namensgut zum Verschwinden zu bringen, wenn sich polnische Wissenschaftler die Mühe machen, einen Atlas des ganzen ostelbischen Deutschlands herzustellen, der ausschließlich polnische (soll heißen: slawische) Ortsnamen (zum nicht geringen Teil frei erfundene Namen) verzeichnet, dann legt das der deutschen Seite die Verpflichtung auf, sich des deutschen Ortsnamensgutes innerhalb der Grenzen des heutigen polnischen Staates, vor allem, aber nicht nur in den abgetrennten Gebieten, pfleglich anzunehmen. Diese Namen sind Zeugnisse einer geschichtlichen Leistung, einer schöpferischen Aktivität des deutschen Volkes, — im Gegensatz zu den slawischen Ortsnamen, die es im Deutschen Reiche noch gibt, die als Zeugen einer unschöpferischen Passivität fremden Volkstums und einer politischen Harmlosigkeit des deutschen Volkes anzusehen sind. Im Gebrauch deutscher Ortsnamen liegt ein Bekennnis zur deutschen Geschichte, in ihrer Nichtverwendung eine Verleugnung deutscher Leistung.

Dr. K.

Ab 1.4.38: Neue Wojewodschaftsgrenzen

Das Gesetz über die Aenderung der Wojewodschaftsgrenzen, das der polnische Ministerrat am 19. Februar verabschiedet hat und das am 1. April 1938 in Kraft treten soll, bedeutet einen tiefen Eingriff in die verwaltungsmäßige Struktur des polnischen Staates. Die Leidtragenden des Gesetzes sind Posen und Pommerellen. Das Gesetz greift im wesentlichen auf die Vorschläge zurück, die im Jahre 1932 von der amtlichen „Studienkommission zur Vereinfachung des Verwaltungsapparates“ vorgelegt worden sind. Wenn dieses jahrelang zurückgestellte Projekt jetzt wieder hervorgeholt worden ist, so liegt das ganz auf der Linie der in letzter Zeit besonders stark hervortretenden Bemühungen um eine beschleunigte Nivellierung der mit einem höheren sozialen und kulturellen Lebensstandard „belasteten“ ehemals reichsdeutschen Gebiete, also auf der Linie jener Bemühungen, die man auf polnischer Seite ebenso patriotisch wie kurzfristig mit der Notwendigkeit, „die Spuren der Teilungen auslöschen“ zu müssen, begründet.

Durch das Gesetz werden die Wojewodschaften Posen und Pommerellen neue innerer Verwaltungsgrenzen erhalten. Und zwar wird Pommerellen von der Wojewodschaft Posen die Kreise Wirsig, Schubin, Bromberg und Hohenalza (einschließlich der Stadtkreise Bromberg und Hohenalza), sowie von der Wojewodschaft Warschau die Kreise Rypin, Lipno, Neßau (Nieszawa) und Leslau (Wloclawek) erhalten, während es das früher ostpreussische Soldauer Ländchen an die Wojewodschaft Warschau abgeben muß. Die Wojewodschaft Posen wird für ihre Landabgabe an Pommerellen mit vier Kreisen der Lodzer Wojewodschaft, nämlich Konin, Kolo, Kalisch und Lurek, entschädigt (oder vielmehr geschädigt). Pommerellen wird sich auf diese Weise um 9 030 Quadratkilometer auf 25 437 Quadratkilometer, also um 55 v. H. seiner bisherigen Fläche vergrößern. Die Wojewodschaft Posen dagegen wird nur um 1 797 Quadratkilometer auf 28 361 Quadratkilometer anwachsen, d. h. um 7 v. H. ihrer bisherigen Fläche. Pommerellen wächst nach Süden über die Neße und nach Ostpreußen zu beiden Seiten der kongreßpolnischen Weichsel, während sich das Schwergewicht der Wojewodschaft Posen nach Osten verlagert.

Die Einwohnerzahl Pommerellens hat zur Zeit der letzten polnischen Volkszählung von 1931 1 088 300 betragen. Die Posenschen Kreise, die ihm jetzt zugeteilt werden sollen, haben damals 374 300 und die betreffenden kongreßpolnischen Kreise 457 500 Einwohner gehabt. Unter Abzug des an die Wojewodschaft Warschau fallenden Soldauer Kreises (42 900 Einwohner) wird Pommerellen in seiner neuen Grenze also 1 875 200 Einwohner zählen. An diesem Bevölkerungszuwachs sind die Städte Bromberg mit 120 000, Leslau mit 57 000 und Hohenalza mit 37 000 Einwohnern beteiligt. Die Wojewodschaft Posen hat 1931 2 114 200 Einwohner gehabt. Hiervon soll sie, wie gesagt, 374 300 an Pommerellen abgeben, wofür ihr von Kongreßpolen 625 000 Einwohner zuwachsen sollen. Die Einwohnerzahl der Wojewodschaft wird sich also auf 2 364 900 erhöhen. Hierzu ist zu bemerken, daß diese Zahlen, die den Stand von 1931 angeben, bereits überholt sind. Die Einwohnerzahlen der Westgebiete Polens sind durch natürlichen Zuwachs und Zuwanderung aus dem Osten seit der letzten Volkszählung ganz beträchtlich gestiegen. Das gilt weniger für das flache Land als für die größeren Städte: Bromberg hat in den letzten sechs Jahren nahezu 10 000 und Ödingen etwa 60 000 Einwohner gewonnen.

Der kongreßpolnische Anteil an der Gesamtbevölkerung der Wojewodschaften wird bei Posen 27 und bei Pommerellen 24 v. H. betragen. Bedenkt man noch, daß seit dem Uebergange Posens und Pommerellens an den polnischen Staat eine ständige und starke Zuwanderung landfremder Elemente aus dem Osten stattgefunden hat, so kann man den Anteil, den die östlich der alten deutsch-russischen Grenze beheimatete Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung der erweiterten Wojewodschaften ausmachen wird, auf mindestens 30, wenn nicht gar 40 v. H. ansetzen. Daß das einen tiefen Einfluß auf die gesamte Verwaltungstätigkeit der ehemals reichsdeutschen Gebiete ausüben muß, liegt auf der Hand.

Der deutsche Anteil an der Gesamtbevölkerung der Wojewodschaften wird infolge deren Vergrößerung durch die kongreßpolnischen Kreise vermindert; bei

Pommerellen ist diese Senkung des deutschen Pommerellensages gering, da vor allem Schubin und Wirsig, aber auch Bromberg, Hohenfalza und Lipno verhältnismäßig hohe deutsche Anteile aufweisen, stärker aber ist sie bei Posen. Pommerellen erhält zu den 105 000 Deutschen, die es bei der Volkszählung von 1931 gehabt hat, mit den nordposenschen Kreisen etwa 52 000 und mit den kongreßpolnischen Kreisen noch ungefähr 31 000 weitere Deutsche hinzu, wird in seinen neuen Grenzen (unter Berücksichtigung des Soldauer Verlustes) also etwa 185 000 Deutsche umfassen. Der Wojewodschaft Posen gehen von den 200 00 Deutschen, die sie 1931 gezählt hat, mit den nördlichen Kreisen etwa 52 000 verloren, während sie mit den ihr zugeteilten kongreßpolnischen Kreisen etwa 26 000 andere Deutsche erhält.



Die neue Verwaltungseinteilung vom 1. April 1938 knüpft an keine historischen Vorbilder an. Sie läßt ebenso die Wojewodschaftseinteilung des altpolnischen Staates außer Acht, wie sie bewußt die Verwaltungsgliederung des preußischen und des russischen Staates verleugnet. Die politische Absicht, die mit der Neueinteilung der Posener und Pommereller Wojewodschaftsgrenzen verfolgt wird, liegt offen zutage. Sieht man einmal ganz von den Deutschen der polnischen Westwojewodschaften ab, die ja ohnehin von jedem Einfluß auf die Gestaltung der öffentlichen Verhältnisse ihrer Heimat ferngehalten werden, so läßt es sich doch leicht denken, daß auch das eingeseffene polnische Element Posen und Pommerellens den östlichen Zuwachs nur mit erheblichen Vorbehalten zu begrüßen geneigt ist. Wenn auch der Abgeordnete Dudzinski im Sejm „mit Rührung“ festgestellt hat, daß jetzt endlich die Grenzpfähle, „die die Teilmächte in den lebenden Körper der Republik geschlagen hätten“, verschwinden, so ist sich das einheimische polnische Element doch darüber im Klaren, daß das Ziel und die Wirkung der Grenzverschiebung die verwaltungsmäßige Untergrabung des von ihm sehr tief empfundenen Sonderbewußtseins der ehemals reichsdeutschen Gebietsteile ist. Dieses Sonderbewußtsein hat sich zur Zeit des Ueberganges an den polnischen Staat gelegentlich bis zur Forderung einer verwaltungsmäßigen Autonomie für Posen und Pommerellen verdichtet. Wenn dieser Gedanke, der sozial, wirtschaftlich und kulturell durchaus begründet ist, in den führenden Kreisen des Posener und Pommereller Polentums damals und auch später nicht wirksamer verfolgt worden ist, so hat hieran nicht das Fehlen einer (übrigens nie verhehlten) Antipathie gegen die „Volksgenossen“ aus dem Osten die Schuld getragen, sondern die chronische Angst vor den Deutschen. Diese Angst ist stets größer gewesen als jene Antipathie. Die Folge davon ist eine sich in immer schnellerem Tempo vollziehende östliche Ueberfremdung Posen und Pommerellens gewesen. Das eingeseffene

Polentum wird nun die Geister, die es gegen die Deutschen zu Hilfe rief, nicht mehr los. Mit der Beseitigung der alten Verwaltungsgrenzen werden der Niederrückung des sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebensstandards Posen und Pommerellens auf das beklagenswerte Niveau Kongresspolens Türen und Tore geöffnet. Vor allem werden die ehemals reichsdeutschen Gebiete durch die Juden, die in den benachbarten kongresspolnischen Kreisen einen recht erheblichen Teil der Bevölkerung bilden, eine sehr zweifelhafte völkische „Bereicherung“ erfahren. Man kann es als sicher annehmen, daß sich die „Neuposener“ und „Neupommereller“ aus Leslau und Kalisch in allen öffentlichen Angelegenheiten gegenüber den alten Posener und Pommerellern mit jener Unbekümmertheit um das Wohl der Gesamtheit und mit jener Nichtachtung des überkommenen Lebensstandards durchsetzen werden, die den Emporkömmlingen und Landfremden eigen zu sein pflegt, die die Macht des Staates hinter sich wissen.

Die Polen in Deutschland und ihre Schulen

Seit Jahren spielt der zahlenmäßige Vergleich zwischen den deutschen Schulen in Polen und den polnischen Schulen in Deutschland in der polnischen Propaganda eine bedeutsame Rolle. Dieser Vergleich endet in der polnischen Presse jedesmal mit einer moralischen Verurteilung Deutschlands, gegen das der Vorwurf der „Behinderung und Unterdrückung des polnischen Schulwesens“ erhoben wird. Es muß von vornherein festgestellt werden, daß für einen solchen Vergleich jede brauchbare Grundlage fehlt. Denn weder entspricht die Behauptung der polnischen Propaganda, daß die deutschen Kinder in Polen hundertprozentig in vollwertigen, eigenvölkischen Schulen eingeschult sind, der Wahrheit: man braucht nur daran zu erinnern, daß etwa zwei Drittel aller schulpflichtigen deutschen Kinder Polens ohne deutschen Unterricht sind! Noch steht die Behauptung, daß nur ein Bruchteil der polnischen Kinder in Deutschland die Möglichkeit zum Besuch polnischer Schulen habe, mit den Tatsachen in Einklang: hierüber soll im Folgenden einiges ausgeführt werden.

Die Legende von den 1½ Millionen Polen

Es sind von polnischer Seite „Berechnungen“ angestellt worden, denen zufolge in Deutschland nur jedes 30. oder gar nur jedes 100. schulpflichtige polnische Kind eine polnische Schule besucht. Wie diese absurden Ergebnisse zustande gekommen sind, ist ganz allgemein politisch interessant: Die „Berechnungen“ gehen nämlich von der Annahme aus, daß es in Deutschland etwa 1½ Millionen Polen und dementsprechend viel Schulkinder gibt! Die von polnischer Seite gemachten Angaben über die zahlenmäßige Stärke der polnischen Volkspolster in Deutschland haben sich im Laufe der letzten Jahre mehrfach geändert. Zuerst war „nur“ von 1 Million die Rede; dann wurde die Zahl auf 1,2 Millionen erhöht; heute scheint man sich auf 1,5 Millionen geeinigt zu haben; in letzter Zeit ist aber mehrfach bereits von 2 Millionen die Rede gewesen! Wie sich diese 1,5 Millionen angebliche Polen räumlich verteilen, hat z. B. der Berliner Berichterstatter der amtlichen „Gazeta Polska“ am 17. Mai 1935 verurteilt: Nach seinen „Berechnungen“ soll es in Westoberschlesien 800 000, in Ostpreußen 400 000, in Ostpommern und der Grenzmark Posen-Westpreußen 20 000, in Mitteldeutschland (vor allem Berlin) 100 000 und in Rheinland-Westfalen 150 000 Polen geben.

Wie es die Polen fertigbringen, derartige absurde Zahlen aufzustellen, das wird für die deutsche Öffentlichkeit erst dann verständlich, wenn sie weiß, daß sich die Polen bei ihren phantastischen Schätzungen der sog. „objektiven Merkmale“ bedienen. Das heißt, die Polen bezeichnen alle diejenigen, die nach ihrer Meinung „polnischer Abstammung“ sind oder sich der „polnischen“ Sprache bedienen oder einen polnisch klingenden Namen tragen, als Polen bzw. als Menschen, die „wieder zum Polentum erweckt“, also „renationalisiert“ werden müßten. Nun ist aber, was nicht oft genug betont werden kann, der Begriff der Abstammung in Gebieten, in denen seit Jahrhunderten artgleiche Völker in ständiger Mischung miteinander leben (und das ist in den preussischen Ostprovinzen der Fall), völlig ungeeignet, als völkisches Kennungsmerkmal zu dienen. Es ist weiter eine Tatsache, die über jeden Zweifel erhaben ist, daß der Ges

Zum 20. April

„Ich habe in meinem Leben drei ungewöhnliche Freunde gehabt: In meiner Jugend war es die Not, die mich durch meine viele Jahre begleitete. Als der große Krieg zu Ende ging, da war es das tiefe Leid über den Zusammenbruch unseres Volkes, das mich nun ergasste und meinen Weg vorschrieb. Seit dem 30. Januar vor vier Jahren habe ich als dritten Freund die Sorge kennengelernt, die Sorge für das meiner Führung anvertraute Volk und Reich. Sie hat mich seitdem nicht mehr verlassen und wird mich wohl nun wohl begleiten bis an mein Ende.“

„Wer sein Volk liebt, beweist es einzig durch die Opfer, die er für dieses zu bringen bereit ist. Nationalgefühl, das nur auf Gewinn ausgeht, gibt es nicht. Nationalismus, der nur Klassen umschließt, gibt es ebenso wenig.“

„Die geringe Fruchtbarkeit eines Lebensraumes mag die eine Klasse zu höchsten Leistungen anspornen, bei einer anderen wird sie nur die Ursache zu bitterster Armut und unendlicher Unterernährung mit all ihren Folgen. Immer ist die innere Veranlagung der Völker bestimmend für die Art der Auswirkung äußerer Einflüsse. Was bei den einen zum Verhängen führt, erzieht die anderen zu harter Arbeit.“

„Vergesst nie, daß das heiligste Recht auf dieser Welt das Recht auf Erde ist, die man selbst bebauen will, und das heiligste Opfer das Blut, das man für diese Erde vergießt.“

„Welchen Sinn hätte all unsere Arbeit, welchen Sinn die Erhebung der deutschen Nation ohne unsere deutsche Jugend. Wenn ich dieser gesunden Jugend unseres Volkes gedenke, dann wird mein Glaube an unsere Zukunft zu einer freudigen Gewissheit. Und ich empfinde in tiefer Anbrunst die Bedeutung des einfachen Wortes, das Ulrich von Hutten schrieb, ehe er zum letzten Male die Feder weglegte: Deutschland.“

Adolf Hitler.

brauch eines slawischen Dialektes oder einer slawischen Haus-
sprache in den Ostgebieten Deutschlands nicht als ein Beweis für die Zu-
gehörigkeit zum polnischen Volkstum angesprochen werden
darf. Und daß auch der Familienname über die Volkszugehörig-
keit seiner Träger keine zwingenden Rückschlüsse zuläßt, ist eine
Erscheinung, die durch unzählige gute Deutsche mit polnischem Namen und durch nicht
weniger gute Polen mit deutschen Namen hinreichend belegt wird.

Es besteht übrigens Grund zu der Annahme, daß die Urheber der These von den
„1,5 Millionen Polen in Deutschland“ sich über den Phantasiecharakter ihrer Zahlen
selber keinen Zweifeln hingeben und daß sie sich genau darüber im Klaren sind, daß sie
von den Menschen, als deren Betreuer und Wortführer sie sich aufspielen, mit Entschieden-
heit abgelehnt werden. Sie wissen z. B. sehr genau, daß es für jeden Masuren
eine persönliche Beleidigung ist, wenn man ihn als „Polen“ bezeichnet und daß auch
die Kaschuben in Ostpreußen kein polnischer Volksplitter sind. Das aber ist
nicht das Wesentliche. Die Bedeutung der erwähnten Zahl liegt
für sie in deren politisch-agitatorischer Wirkung. Man muß
sich in Deutschland darüber Rechnung ablegen, daß es außenpolitisch für das
Reich durchaus nicht gleichgültig ist, wenn sich etwa in den westeuropäischen
Staaten unter dem Einfluß der polnischen Propaganda die Ueberzeugung festsetzt,
daß zwei Drittel der westoberschlesischen Bevölkerung aus Polen bestehen. Und es ist
eine politisch durchaus ernst zu nehmende Tatsache, daß der Durchschnittspole schon heute
von dem Vorhandensein einer 1½ Millionen zählenden polnischen Bevölkerung in Deutsch-
land fest überzeugt ist. Es ist dies ein Glaube, an dem sich sein politischer Wille entzündet
und seine kämpferische Leidenschaft gegen das angeblich „minderheitenfeindliche“ Deutsch-
land und gegen das Deutschtum in Polen entfacht. Und letzten Endes ist es die Vor-
stellung von einer angeblich in den deutschen Ostprovinzen geschlossenen siedelnden polnischen
Volksmasse, die den Worten von „den unerlösten Brüdern jenseits der Grenze“, die
Grazinski und andere Feinde Deutschlands gebrauchen, ihren revisionistischen
Charakter gibt. Die 1½ Millionen sind ein Phantasieprodukt
der polnischen Propaganda, diese Propaganda aber ist eine
politische Realität.

Die Unhaltbarkeit der polnischen Zahlenangaben

Daß und warum die polnischen Zahlenangaben unhaltbar sind, ist bereits dargelegt worden. Es gilt nun festzustellen, wieviel Polen es in Wirklichkeit in Deutschland gibt. Es versteht sich von selbst, daß als Polen nur diejenigen angesprochen werden können, die sich selber als Polen bezeichnen und, wie es umgekehrt die Deutschen in Polen tun, dieses Bekenntnis auf irgendeine Weise, vor allem durch die Zugehörigkeit zu polnischen Volkstumsverbänden, bekunden. Die polnische Zentralorganisation ist der Bund der Polen in Deutschland. Dieser hat zu Beginn der Jahres 1936 folgende Mitgliederzahlen aufweisen können:

im Landesverband I (Schlesien)	8 000,
im Landesverband II (Berlin)	7 000,
im Landesverband III (Rheinland-Westfalen)	4 300,
im Landesverband IV (Ostpreußen)	2 000,
im Landesverband V (Grenzmark)	2 700.

Das sind im ganzen 24 000 Mitglieder. Hinzuzuzählen sind noch die 6 500 Mitglieder, des im rheinisch-westfälischen Industriegebiet bestehenden „Verbandes der gegenseitigen Hilfe“, der in Opposition zum Polenbund und dessen Nebengliederungen steht. Man kommt somit zu einer Gesamtzahl von 30 500 organisatorisch als Polen gekennzeichneten Menschen. Wobei zu bemerken ist, daß die Familienmitglieder fast durchweg gleichfalls Mitglieder des Polenbundes und seiner Nebengliederungen, also in den obigen Zahlen bereits mitgezählt sind.

Sieht man sich nach anderen Tatsachen um, die einige Rückschlüsse auf die zahlenmäßige Stärke der polnischen Volkspoliter im Deutschen Reich zulassen, so kann man sich etwa an die Wahlergebnisse oder an die Auflagenhöhe der in Deutschland erscheinenden polnischen Zeitungen halten. Bei den beiden Reichswahlen des letzten Systemjahres hat die polnische Liste (in den wichtigsten in Frage kommenden östlichen Wahlkreisen und im ganzen Staate) folgende Stimmengahlen aufweisen können:

Wahltermin	Ostpreußen	Frankfurt a. O.	Oppeln	Preußen
Reichstag 31. 7. 32	2 846	4 022	14 634	34 970
Reichstag 6. 11. 32	2 744	4 229	12 069	32 813

Die Auflagenhöhe der polnischen Tageszeitungen ist lächerlich gering, um so geringer, als ein nicht unerheblicher Teil der Auflage ins Ausland geht, vor allem natürlich nach Polen. Es erscheinen der „Nasur“ in Ortelshurg in etwa 700, die „Gazeta Dziennik“ in Allenstein in etwa 820, der „Dziennik Berlinski“ in Berlin in etwa 970, der „Narod“ in Herne in etwa 940 und die „Nowiny Godzienne“ in Oppeln in etwa 880 Exemplaren. Keine der polnischen Tageszeitungen geht über die 1000-Grenze hinaus. Nur die zentrale Zeitschrift des Bundes der Polen in Deutschland, der „Polak w Niemczech“, der allerdings einen besonders großen Teil seiner Auflage außerhalb der polnischen Volkspoliter absetzt, erscheint in einer diese Grenze etwas überschreitenden Zahl. Die gesamte polnische Presse im Deutschen Reich zusammengekommen erreicht nicht im entferntesten die Auflagenhöhe einer der drei in der Stadt Posen erscheinenden deutschen Tageszeitungen! Angesichts solcher Zahlen ist es klar, daß es schon zu hoch gegriffen ist, wenn man von fast 100 000 Polen im Deutschen Reich spricht. Wenn man auf polnischer Seite fortfahren sollte, mit den nicht vorhandenen $\frac{1}{3}$ Millionen Propaganda zu machen, müßte man sich auf deutscher Seite über kurz oder lang dazu entschließen, durch die Aufstellung eines National-Katasters der polnischen Verführung ein Ende zu machen.

Die Preussische Minderheitschulordnung

Diese Nichtigstellung der polnischen Zahlenangaben wird notwendig, um die Unsinnigkeit der polnischen Behauptungen über die Behinderung und Unterdrückung des polnischen Schulwesens in Deutschland hervortreten zu lassen. Dessen rechtliche Grundlage ist die „Preussische Ordnung zur Regelung des polnischen Minderheitschulwesens“ vom 31. Dezember 1928. Diese „Ordnung“ gibt den Polen in Preußen hinsichtlich der Errichtung und Unterhaltung eines eigenvölkischen Schulwesens Rechte,

wie sie für das mehr als zehnfach stärkere und sozial höherstehende Deutschtum in Polen nicht im entferntesten besleben. Das geht aus folgender Gegenüberstellung hervor: Zur Errichtung einer polnischen Privatschule genügt (nach einer ergänzenden Bestimmung aus dem Jahre 1932) die Anmeldung von sieben Kindern, während für das deutsche Schulwesen in Polen eine Norm von 40 Kindern festgesetzt ist. Die Ummeldung aus einer deutschen in eine polnische Schule kann jederzeit erfolgen und ist nicht, wie es in bezug auf die deutschen Schulen in Polen der Fall ist, an die Einhaltung einer kurz bemessenen und ungünstig liegenden Anmeldefrist gebunden. Das polnische Volkstumsbekenntnis darf weder nachgeprüft noch bestritten werden, während in Polen von den deutschen Erziehungsberechtigten vielfach eine amtliche Befähigung der Volkzugehörigkeitserklärung und (in Ostoberschlesien) die Ablegung einer Sprachprüfung durch die Kinder verlangt wird. An die privaten polnischen Schulen in Deutschland werden grundsätzlich nicht dieselben haut ethnischen Anforderungen wie an die öffentlichen deutschen Schulen gestellt, während in Polen gerade die schändliche Handhabung der baupolizeilichen Bestimmungen als ein Mittel zur Behinderung der Errichtung neuer und zur Lahmlegung bestehender deutscher Unterrichtsanstalten allgemein und ausgiebig angewandt wird. Wenn in einem Schulverband bis zu 20 000 Einwohnern mindestens 40, bis zu 50 000 mindestens 80 Kinder die polnische Schule besuchen, werden dieser staatliche Beihilfen in Höhe von 80 v. H. der Beträge gegeben, die zur Befolgung der vollbeschäftigten Lehrkräfte notwendig sind, während das private deutsche Schulwesen in Polen keine öffentliche Unterstützung erhält. Der Lehrkörper der polnischen Minderheitsschulen setzt sich zum weit überwiegenden Teil aus polnischen Staatsangehörigen zusammen, die ihre Ausbildung in Polen erhalten haben und deren dort erworbene Lehrbefähigung von den deutschen Stellen ohne Nachprüfung anerkannt wird, wogegen für das Deutschtum in Polen keine derart unbehinderte Ergänzung seines Lehrnachwuchses durch die Zuziehung reichsdeutscher Kräfte besteht. Das Wichtigste aber ist, daß die aufgrund der weitverbreiteten „Ordnung“ von 1928 gegründeten Privatschulen tatsächliche und völkisch wertige polnische Unterrichtsanstalten sind, während der größere Teil der deutschen Schulen in Polen öffentliche Anstalten sind, die nahezu reiflos polnischen Leitern unterstehen, größtenteils polnische Lehrkräfte haben und das Deutsche vielfach nur noch in einigen Fächern als Unterrichtssprache benutzen.

Der Stand des polnischen Schulwesens

Auf Grund der „Ordnung“ von 1928, von deren Erlaß man sich auf deutscher Seite feinerzeit in übertriebenem Optimismus eine günstige Rückwicklung auf die Daseinsbedingungen des deutschen Schulwesens in Polen versprach, gingen die Polen im Jahre 1929 an den Ausbau ihres Schulwesens heran. Die rücksichtslos mit materiellen Lockungen und moralischen Druckmitteln arbeitende Agitation der polnischen Organisationen hatte zur Folge, daß zunächst neben einer Reihe lebensfähiger Schulen auch einige auf die Dauer nicht zu haltende Zwergschulen entstanden, die weder den Aufwand lohnten, n. h. in stande waren, einen geordneten Unterrichtsbetrieb sicherzustellen. So sind einige Schulen, wie die in Bomsel oder in Pfaffstuten, die von weniger als sieben Kindern besucht wurden, wieder eingestellt worden. Im ganzen bestehen zurzeit 50 polnische Privatschulen, die auf der „Ordnung“ von 1928 beruhen, und zwar 22 in Ostpreußen, 26 in der Grenzmark Posen-Westpreußen und je eine in Oberschlesien und Ostpommern. Ueber den Stand des polnischen Schulwesens von Mitte 1936 gibt nachstehende Uebersicht Auskunft:

Ostpreußen:

Ort	Zahl d. Schüler	Gründungsdatum	Ort	Zahl d. Schüler	Gründungsdatum
Kreis Allenstein:			Kreis Rößel:		
Altenhein	29	30. 4. 34	Starnsee	12	1. 9. 30
Braunsauelbe	11	15. 6. 31	Kreis Stuhm:		
Ohlau	8	8. 6. 31	Hinterl	18	3. 6. 29
Groß-Parden	15	18. 12. 30	Groß-Bespin	23	3. 6. 29
Sonnenhof	10	12. 8. 30	Gemigelsbe	15	3. 6. 29
Neu-Raulela	13	10. 2. 29	Neumatt	7	23. 8. 30
Neu-Wastrienen	13	10. 2. 29	Reuborf	12	23. 6. 30
Wiesing	7	7. 1. 30	Stolofalen	9	18. 3. 30
Schönfelde	14	10. 2. 29	Wettin	32	17. 8. 29
Schönbotten	11	11. 8. 30	Wuck-Tamersa	7	10. 5. 30
Wermitten	11	23. 10. 30	Wulfsen	14	14. 4. 31
Werritten	17	24. 2. 30			

Grenzmark Posen-Westpreußen:

Ort	Zahl d. Schüler	Gründungsdatum	Ort	Zahl d. Schüler	Gründungsdatum
Kreis Flatow:			Ruden	29	5. 6. 29
Wippenau	18	3. 6. 29	Edwente	49	14. 4. 29
Blonfitt	23	23. 1. 30	Geedorf	18	3. 6. 29
Budsdorf	135	3. 6. 29	Seefeld	12	8. 6. 29
Flatow	49	21. 10. 29	Strasau	16	29. 10. 30
Flatow-Stadtbruch	26	29. 12. 29	Strasau	16	21. 4. 29
Mlangen	41	14. 4. 29	Strasau	22	8. 6. 29
Orsch-Supig	79	7. 6. 29	Kreis Mewejerig:		
Rieg	58	5. 6. 29	Orsch-Dammer	186	18. 6. 29
Röschin	23	14. 4. 29	Kreis Bromberg:		
Rönigsdorf	22	7. 6. 29	Orsch-Polemufel	29	1. 7. 29
Zugelst	49	6. 6. 29	Klein-Polemufel	43	11. 6. 29
Wen-Edwente	17	21. 10. 30	Kromzig	15	1. 5. 29
Werschenfeld	39	8. 6. 29	Wen-Kromzig	101	11. 6. 29
Wladowitz	28	6. 6. 29			

Ostpreußen und Oberschlesien:

Ort	Zahl d. Schüler	Gründungsdatum	Ort	Zahl d. Schüler	Gründungsdatum
Kreis Białystok:			Kreis Reußland (Ost.):		
Bernsdorf	7	1. 4. 30	Gräbinc	15	30. 6. 31

Die Hauptstütze des aufgrund der „Ordnung“ von 1928 errichteten polnischen Privat-schulwesens sind also die Kreise Allenstein und Stuhm in Ostpreußen und der Kreis Flatow in der Grenzmark Posen-Westpreußen. Die Mehrzahl dieser Schulen, nämlich 30, sind im Jahre 1929, also bald nach dem Inkrafttreten der „Ordnung“ entstanden; im Jahre 1930 sind dann noch weitere 15 Schulgründungen erfolgt. Damit war der Vorrat an polnischen Kindern nahezu restlos erschöpft; denn später sind nur noch 5 Schulen errichtet worden, dagegen, wie gesagt, einige, die sich nicht zu behaupten vermochten, wieder ver-schwunden.

Polnische Volksschulen aufgrund des Oberschlesienabkommens

Außer diesen aufgrund der „Ordnung“ von 1928 errichteten polnischen Schulen gibt es in Westoberschlesien, soweit es zum ehemaligen Abstimmungsgebiet gehört, noch eine Reihe polnischer Schulen, und zwar 6 private und 10 öffentliche Minderheitsvolksschulen, die aufgrund des am 15. Juli 1937 außer Kraft tretenden Teils III des Genfer Ober-schlesienabkommens bestehen. Es handelt sich dabei nach dem Stande vom 1. Januar 1937 um folgende Schulen (in Klammern ist die Kreiszugehörigkeit der Schulleute beigefügt):

Öffentliche Volksschulen:			Private Volksschulen:		
Ort	Schülerzahl	Gründungs-jahr	Ort	Schülerzahl	Gründungs-jahr
Orsch-Tölkern (Oppeln)	8	1926	Wesitz-Rühlmen (Wesitz)	6	1931
Wenden (Oppeln)	21	1925	Wesitz (Wesitz)	14	1931
Hainberg (Wesitz)	15	1923	Wesitz (Wesitz)	12	1931
Wesitz (Wesitz)	16	1925	Waldenau (St.-Strehlig)	22	1931
Wesitz (Wesitz)	9	1925	Himmelsitz (St.-Strehlig)	20	1931
Wesitz (Oppeln)	8	1925	Wesitz (St.-Strehlig)	12	1931
			Wesitz (Wesitz)	8	1931
			Wesitz (Wesitz)	17	1931
			Wesitz (Wesitz)	8	1931

Demnach gibt es in Ostpreußen 307, in der Grenzmark Posen-Westpreußen 1 104, in Ost-preußen 7 und in Westoberschlesien 234 polnische Volksschüler. Das sind zusammen 1 649 Kinder, die 66 polnische Volksschulen besuchen. In der polnischen Presse wird, wenn vom polnischen Schulwesen in Deutschland die Rede ist, immer nur von der angeblichen Unterdrückung dieses Schulwesens gesprochen. Tatsächlich liegen die Dinge ganz anders: Es gibt eine Reihe von polnischen Schulen in Deutschland, deren Auflösung durch die preussischen Behörden die Leiter des Polenbundes und des Verbandes der polnischen Schul-vereine mit dem größten Vergnügen hinnehmen würden. Wenn sie sich nicht dazu entschließen, von sich aus zur Aufhebung dieser oder jener lebens-unfähigen Schule zu schreiten, dann nur deshalb, weil sie sich davor scheuen, sich mit ihrer „Schulpolitik“ und ihrer 1/3-Millionen-Propaganda vor aller Welt zu blamieren.

Das polnische Gymnasium in Beuthen.

Eine besonders wichtige Rolle fällt im Rahmen des polnischen Schulwesens in Deutsch-land dem im Jahre 1932 gegründeten polnischen Privatgymnasium (einer „pri-

vaten höheren Schule mit gymnasialem Lehrplan“) zu. Dessen Bedeutung hat z. B. die „Front Jachodni“ im März 1935 dahin gekennzeichnet: es sei die Aufgabe dieser Schule, eine nationalpolnische Intelligenz zu erziehen, deren Schaffung als Kadern von Agitatoren und Kämpfern für die polnische Sache eines der grundsätzlichen Bedürfnisse der polnischen Bevölkerung in Deutschland ist“. Denn, so hat es im November 1932 einmal im Krakauer „Ausstromung Kueger Godzienny“ geheißen, „wenn einmal in den Städten und Städtchen (der reichsdeutschen Ostgrenzgebiete) an den Stätten der sozialen Arbeit polnische Rechtsanwälte, Aerzte und Ingenieure stehen werden und wenn schließlich ein Nachwuchs junger polnischer Geistlicher herangebildet wird, dann wird, das was man hier in der polnischen Literatur „Wielka Szkoła“ nennt, ein polnische Gymnasium wird gegenwärtig von etwa 300 Schülern besucht, von denen über die Hälfte aus Westoberschlesien, etwa ein Viertel aus Ostpreußen, Ostpommern und der Grenzmark Posen-Westpreußen stammt, während der Rest von den polnischen Volksplittern in Westfalen und Mitteldeutschland gestellt wird. Die nahezu kostenlose Ausbildung, die die Schüler der mit einem Internat verbundenen Beuthener Anstalt genießen, besitzt gegenüber den meist armen und kinderreichen polnischen (und nicht nur polnischen!) Familien, die sehr gern jede Möglichkeit einer wirtschaftlichen Entlastung ergreifen, eine nicht zu unterschätzende werbende Kraft. Im Erkenntnis dieser Lage haben die polnischen Organisationen die Werbung für ihre Schule, an der, wie an den Volksschulen fast ausschließlich staatspolnische Lehrkräfte wirken, ganz eindeutig unter ein materielles Vorzeichen gestellt. Dasselbe gilt auch hinsichtlich der Werbung, die die polnischen Organisationen bereits seit längerer Zeit für die beiden weiteren, im Entstehen begriffenen höheren Lehranstalten, ein Mädchenlyzeum in Ratibor und ein Knabengymnasium in Marienwerder, entfalten.

Zusammenfassung.

Zusammenfassend muß noch einmal folgendes festgestellt werden: Die Behauptung, daß es 1½ Millionen Polen in Deutschland gibt, ist nichts anderes als eine Agitationsthese, die dazu bestimmt ist, einer offenen oder verdeckten revisionistischen Propaganda zu dienen. Es bedeutet eine bewußte Verdrehung der Tatsachen, wenn diese Zahl zur Grundlage irgendwelcher Berechnungen über den Grad der schulischen Versorgung der polnischen Volksplitter in Deutschland gemacht wird. Diesen Volksplittern werden von deutscher Seite für die Errichtung und Unterhaltung eigenvölkischer Schulen jeden Grades erheblich günstigere Bedingungen als der deutschen Volksgruppe in Polen geboten. Die preussische Minderheitenschulordnung hat den polnischen Volksplittern, ohne durch irgendwelchen tatsächlichen Zwang veranlaßt worden zu sein, in entgegenkommendster Weise den Ausbau eines Elementarschulwesens ermöglicht. Auf diesem aufbauend, ist dann wenige Jahre später der Ausbau eines höheren Schulwesens in Angriff genommen worden. Wenn von der Möglichkeit, Volksschulen zu errichten, nicht in dem von den Leitern der polnischen Volksguppe erwarteten Ausmaße Gebrauch gemacht wird, so liegt das lediglich daran, daß diese Kreise von dem Bedürfnis, das in Deutschland für eine polnische Volksschule besteht, eine völlig falsche Vorstellung haben. Und wenn das Verhältnis der sich zum höheren polnischen Schulwesen Meldenden zu den die polnischen Volksschulen Besuchenden das übliche Maß übersteigt und vor allem der sozialen Struktur der polnischen Volksplitter wenig entspricht, so ist hierfür einerseits die materielle Werbekraft eines nahezu kostenlosen Ausbildungsganges und andererseits der bei allen östlichen Völkern seit dem Kriege feststellbare Drang zu „höherer Bildung“ verantwortlich zu machen, der eine Ueberproduktion an Intelligenz hervorruft, die dazu neigt, sich zu einem sozial und politisch umfürzerischen Element zu entwickeln. Von den maßgebenden Stellen der Polen in Deutschland wird diese Entwicklung bewußt und folgerichtig gefördert mit dem zugestandenem Ziel, die im nationalpolnischen Sinne erzogene und geschulte Intelligentschicht als Polonisierungskadern in den östlichen Grenzgebieten Deutschlands zum Einsatz zu bringen. Dieser Tatsache muß von deutscher Seite besondere Aufmerksamkeit zugewandt werden.

Dr. R.

Der Polenspiegel

„Worte der Begrüßung“: Adressat nicht zu ermitteln

An der Unfähigkeit, sich zu mäßigen, ist das alte Polen zugrundegegangen. An diese geschichtliche Tatsache fühlt man sich unwillkürlich erinnert, wenn man die Disziplinlosigkeiten polnischer Amtspersonen, die Heterereien polnischer Zeitungen und die chauvinistischen Forderungen polnischer Organisationen gegenüber Deutschland betrachtet. Es ist nicht recht klar, wiefo z. B. eine Kundgebung wie die, die der Westverband am 3. April in Graudenz veranstaltet hat, geeignet sein soll, der außenpolitischen Festigung und der innerpolitischen Beruhigung des polnischen Staates zu dienen. Das nur als Vorbemerkung. Der Inhalt der auf dieser Kundgebung gehaltenen Reden, wurde in einer Entschließung zusammengefaßt, in der u. a. festgestellt wurde: „Das nichtrealisierte Recht (!) Polens auf die nichtbefreiten Gebiete (!)“ bleibe in seinem ganzen Umfange aufrechterhalten. So wenig wie der Lauf der Weichsel zurückgedämmt werden könne, so wenig ließen sich „die Forderungen und Bestrebungen der polnischen Nation nach einer Vereinigung aller autochthon polnischen (!), bisher unbefreiten (!) Länder in den Grenzen des polnischen Staates“ aufhalten und unterdrücken (?). „Den Landsleuten dort und besonders in Oermland und Masurien“, hieß es dann wörtlich, „senden wir Worte der Begrüßung und Zuversicht (Siehe Uberschrift!) und ermuntern sie zum Aushalten bis zum Augenblick, wo mit Gottes Hilfe für sie das Morgenrot der Freiheit leuchtet(!)“. In dem gleichen Ton waren auch die auf der Kundgebung gebrauchten Transparente gehalten. Auf einem z. B. wurde Graudenz als „die künftige Hauptstadt der nicht befreiten Gebiete (!)“ bezeichnet; auf einem anderen wurde die „Rückkehr des Schlochauer Landes in den Schoß der Mutter (!)“ gefordert. Ein deutscher Protest veranlaßte die Polnische Telegraphenagentur zu der Feststellung, daß „einzelne Teile der Kundgebung“ Ärgernisse trugen, „die die öffentliche Ordnung in Polen und in Deutschland in unerwünschter Weise aufreizen können“, und daß „die aggressiven Töne einem Staate gegenüber, mit dem Polen gutnachbarliche Beziehungen pflegt, zu der politischen Linie der polnischen Regierung im Widerspruch stehen und daher in keinem Fall geduldet werden können“. Zugleich aber wurde in dieser amtlichen Stellungnahme versucht, die Graudenzger Kundgebung teils als ein Werk „unverantwortlicher Elemente“ und teils als eine Reaktion auf die vom Bund Deutscher Osten entfaltete Tätigkeit zu „erklären“! Der „Kurjer Poznański“ hat nicht so ganz Unrecht, wenn er in diesem Zusammenhange gegen das polnische Regierungslager den Vorwurf einer zwiespältigen Einstellung gegenüber Deutschland erhoben und darauf verwiesen hat, daß sich die offiziell betriebene Annäherungspolitik dieses Lagers, seine „schädliche Nachgiebigkeit“ gegenüber Deutschland, keinesfalls mit den gegen Deutschland gerichteten Drohungen und Gebietsforderungen vereinbaren lasse, die von demselben Lager aus „politischer Prahlucht“ ausgesprochen und aufgestellt werden.

Boykott und Kulturträgererz

Ende vergangenen Jahres wurde vom polnischen Westverband ein „Hauptkomitee zur Förderung des polnischen Handels und Handwerks in Schlesien“ ins Leben gerufen. An 54 größeren Ortschaften der Wojewodschaft wurden Lokalausschüsse gebildet. In Kattowitz, Königshütte und Larnowitz wurden Verzeichnisse der polnischen Kaufleute und Handwerker zusammengestellt und verteilt. U. s. f. Nach diesen Vorbereitungen trat der Westverband am 13. März d. J. mit einer Kundgebung vor die Öffentlichkeit, in der er zum Boykott der nichtpolnischen, also der deutschen Kaufleute und Handwerker aufrief. Die Bevölkerung wurde aufgefordert, „ihren Bedarf ausschließlich beim polnischen Kaufmann und Handwerker zu decken, von den Kaufleuten und Handwerkern zu verlangen, daß sie Tafeln aushängen, auf denen ihre Zugehörigkeit zu den polnischen Berufsorganisationen vermerkt ist, und zu verlangen, daß in den Geschäften und Werkstätten ausschließlich in polnischer Sprache bedient wird“. In einer zehntägigen Propagandaaktion wurde diesen Forderungen des Westverbandes durch Presse, Flugblätter, Versammlungen usw. der entsprechende publizistische Nachdruck verliehen. In

diesem Zusammenhange sei daran erinnert, daß es der Wojewode Graznynski war, der im Dezember v. J. auf einer Tagung des Westverbandes diesem die Aufgabe zuwies, den Kaufmanns- und Handwerkerstand ebenso wie vorher die Schwerindustrie zu polonisieren, d. h. für die Ausmerzung des deutschen Elementes auch in diesem Sektor des ostoberschlesischen Wirtschaftslebens zu sorgen. Das ostoberschlesische Deutschtum ist die Antwort auf diesen neuen Vorstoß gegen seine wirtschaftlichen Lebensgrundlagen nicht schuldig geblieben. Es hat sich zur Wehr gesetzt, indem es durch verstärkte Werbung die völkische Beepflüchtung der deutschen Volksangehörigen zur Unterstützung der deutschen Kaufleute und Handwerker herausgestellt hat. Uebrigens haben auch die einheimischen ostoberschlesischen Wirtschaftskreise der Aktion des Westverbandes nur ein verhältnismäßig geringes Interesse entgegengebracht. Bemerkenswert ist, daß diese Aktion im wesentlichen nicht von den einheimischen Kreisen, sondern von den zugewanderten Elementen und den landfremden Beamten, zu denen ja schließlich auch der Wojewode gehört, durchgeführt worden ist. Die einheimische Bevölkerung hat zu den realen deutschen Kaufleuten immer noch ein größeres Vertrauen, als zu den ostjüdischen und sonstwie anrüchigen Geschäftsleuten, die das System Graznynski als Kulturträgerersatz aus dem Osten eingeführt hat.

„ . . . weil er der Jungdeutschen Partei angehörte“

Dem seit 1935 arbeitslosen deutschen Volksangehörigen Josef Kubiza in Dreilinden im Kreise Kybnik wurde Anfang April die weitere Auszahlung der ihm zustehenden Unterstützung von Seiten der Gemeinde verweigert. Der vom 2. April d. J. datierten schriftlichen Begründung der Unterstützungsverweigerung, die vom Gemeindevorsteher Mrozek unterzeichnet ist, braucht nichts hinzugefügt zu werden; sie hat folgenden Wortlaut: „Hiermit wird bescheinigt, daß das hiesige Ortskomitee des Arbeitsfonds Herrn Kubiza, Josef, geboren am 11. 5. 1906 in Bottrop (Westfalen) keine Beihilfe aus dem Fonds für die bedürftigste Bevölkerung zuerkennt, weil er der Jungdeutschen Partei angehört“. Es folgen Datum, Unterschrift und Stempel der Gemeinde. Was hier, wahrscheinlich in unbeabsichtigter Ehrlichkeit, ausdrücklich festgestellt worden ist, daß nämlich die Zugehörigkeit zu einer deutschen Organisation der Grund für die Nichtberücksichtigung bei der Verteilung öffentlicher Unterstützungen ist, gilt auch für die zahlreichen anderen Fälle, die sich fast täglich ereignen.

Auf die Straße gesetzt

Die Fälle der Existenzvernichtung durch die Anwendung des Ver- und Wiederkaufsrechtes gegen deutsche Ansiedler in Posen und Pommerellen dauern weiterhin an. Am 27. März wurde die Ansiedlerwitwe Anna Schünemann in Mlynarz im Kreise Kolmar von ihrer 33 Morgen großen Landwirtschaft zwangsweise entfernt. Vom Posener Appellationsgericht war der Wiederkaufspreis für das ganze Anwesen auf 1 750,04 Zloty festgesetzt worden. Von diesem Kaufpreis kamen 905,87 Zloty für Gerichts- und Exekutionskosten in Abzug, so daß der deutschen Volksgenossin von ihrem ganzen Besitz noch 844,17 Zloty blieben! Um das weitere Schicksal der Ermittelten, die ohne alle Mittel dassteht, kümmern sich die polnischen Amtsstellen nicht. Es fanden sich mitleidige Nachbarn, die der vom polnischen Staat um ihren Besitz betrogenen Frau ein Obdach gewährten. — Von dem gleichen Schicksal wurde der Ansiedler Emil Greifer in Neu Borui im Kreise Wollstein betroffen, der seit 1923 auf seiner 12½ Morgen großen Landwirtschaft saß. Am 16. März sollte er sein Besitztum verlassen. Da er sich weigerte, Haus und Hof freiwillig zu räumen, wurde er mit seinen Möbeln usw. von Arbeitern, die der Gerichtsvollzieher herangeholt hatte, zwangsweise auf die Straße gesetzt. Da auch in seinem Falle der von gerichtswegen festgesetzte Kaufpreis zur Gründung einer neuen Existenz nicht ausreicht, ist Greifer mit seiner Familie auf die Unterstützung seiner Volksgenossen angewiesen.

„Es gab in jeder Zeit der Menschengeschichte Propheten, die über das einzelne Zeiterlebnis hinaus die Ursachen und damit die Zwangsläufigkeit des größeren Gesamtgeschehens zu erkennen vermochten. Glücklich die Völker, in denen solche Propheten keine Literaten, sondern Politiker sind!“

Adolf Hitler

Ein sudetendeutscher Nationalsozialist

Am 16. April begeht der ehemalige Führer der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei in der Tschecho-Slowakei, Ing. Rudolf Jung, seinen 55. Geburtstag. Seit 30 Jahren steht Jung im politischen Kampf. 1907 stellte er sich in Wien in den Dienst der Deutschen Arbeiterpartei Oesterreichs, aus der später die NSDAP hervorging. 1909 wurde er seiner politischen Betätigung wegen nach Reichenberg in Böhmen strafversetzt. So kam er in unmittelbare Verbindung mit der Arbeiterbewegung seiner sudetendeutschen Heimat. Wesentlich unter seinem Einfluß machte sich die Partei die Forderung der Aufhebung der veralteten Kronländerenteilung und der Schaffung neuer, völkisch getrennter Selbstverwaltungsgebiete zu eigen und erhielt das Programm der Partei, jene dem Nationalsozialismus vorarbeitende enge Verbindung des sozialen Momentes mit dem nationalen Moment. Schon vor dem Kriege trat Jung mit der Forderung nach einer sozialer Unterdrückung und völkischer Ueberfremdung sichernden Bodenrechts- und Geldreform auf. 1919 erschien sein Buch „Der nationale Sozialismus“, das, „Hitler und den Seinen“ gewidmet, zum ersten nationalsozialistischen Schrifttum überhaupt gehörte.

Mit dem Zerfall der Habsburgermonarchie war das Abgeordnetenmandat, das er seit 1913 im Mährischen Landtag innehatte, erledigt. Jung ging nach Deutsch-Oesterreich, wo er bei den Wahlen in die österreichische Nationalversammlung als Listenführer der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei in Salzburg auftrat, kehrte aber bald wieder nach Sudetendeutschland zurück und wurde 1920 in das Prager Parlament gewählt. In tausenden von Versammlungen, nicht nur in Sudetendeutschland selbst, sondern auch in allen Teilen des Reiches, kämpfte Jung für die sozialen und völkischen Rechte der der Prager Regierungsgewalt ausgelieferten Deutschen. 1926, als Hans Knirsch nach Amerika ging, um dort für das Lebensrecht der Sudetendeutschen zu werben, wurde Jung sein Stellvertreter in der Führung der NSDAP. 1933, nach der Katastrophe der Auflösung wurde Jung verhaftet. Mehrere Monate wurde er im Zuchthaus gehalten. Nach seiner Freilassung blieb er weiter einer jede politische Betätigung ausschließenden Polizeiaufsicht unterworfen, der er sich im Herbst 1933 entzog, indem er ins Reich ging, um von dort aus den Kampf für die Befreiung Sudetendeutschlands weiterzuführen. Wieder stellte er sein tiefes Wissen, seine kämpferische Energie und seine überzeugende Beredsamkeit in den Dienst seiner Heimat. Als Frucht seiner Arbeit wird binnen kurzem ein Buch erscheinen unter dem Titel „Die Tschechen. Tausend Jahre deutsch-tschechischer Kampf“.

Ostland-Chronik

„Strafkolonien“

Die Strafversetzung bei Beamten ist durch das neue Dienststrafrecht neu gestaltet worden. Eine der wichtigsten Vorschriften ist die Bestimmung, daß jetzt im ganzen Reich die Zwangsversetzung als Strafe völlig befreit ist. An ihrer Stelle ist die Dienststrafe der Gehaltskürzung eingeführt. Mit dieser Regelung hat das Reich die preussischen Bestimmungen übernommen, die bereits im Jahre 1932 die Dienststrafe der Zwangsversetzung abgeschafft und sie durch Gehaltskürzungen ersetzt. In einer Erläuterung zu dem neuen Dienststrafrecht schreibt das Mit-

glied des Ausschusses für Beamtenrecht, Dr. Daniels, u. a.: „Schon seit langer Zeit wurden gegen die Zweckmäßigkeit der Strafversetzung als Dienststrafe Bedenken erhoben, die auf ihre gänzliche Beseitigung hingingen. Die Praxis hat bewiesen, daß der Beamte es in zahlreichen Fällen überhaupt nicht als Strafe empfand, sondern als willkommene Gelegenheit, den Wohnsitz zu wechseln und damit den Dienstort zu verlassen, in dem er sich durch sein Verhalten in der Öffentlichkeit mißliebig, vielleicht sogar unmöglich gemacht hatte. Es erfolgten nun viele Strafversetzungen an Orte, die von Beamten im allgemeinen besonders wenig begehrt waren und in denen

sich deshalb bereits eine Anzahl Strafversetzte befanden. Man sprach in dieser Beziehung geradezu von 'Strafkolonien'. Derartige 'Strafkolonien' pflegten besonders in den deutschen Grenzgebieten des Ostens zu entstehen, für die aber aus nationalpolitischen Gründen gerade die besten Kräfte der Beamtenschaft gut genug sind, am allerwenigsten aber die strafversetzten Beamten."

Neue Industrien in Ostpreußen

Nachdem Ostpreußen vor kurzem seine erste Druckpapierfabrik in Wehlau erhalten hat, ist jetzt ein weiteres Industrieunternehmen im Entstehen. Es handelt sich um eine Legtilfabrik, die in der Nähe von Liebstadt auf dem Gelände des Gutes Wollkallen erbaut werden soll. Die Arbeiter werden, soweit sie verheiratet sind, in neu zu errichtenden Siedlungshäusern untergebracht. Die Facharbeiter müssen zum Teil aus Westdeutschland herangezogen werden. Die Deutsche Arbeitsfront plant in Anlehnung an die Fabrik die Errichtung einer ostpreussischen Legtilfachschule in Liebstadt. Die zur Zeit bereits im Bau befindliche Webanlage soll im Herbst d. J. in Betrieb genommen werden. — Auch in Wehlau ist ein neues Industriewerk im Entstehen. Dicht neben der dortigen Papierfabrik wird zur Zeit eine Margarinefabrik errichtet. Das Werk ist mit den neuesten Maschinen ausgestattet und wird in wenigen Wochen seine Arbeit aufnehmen. Bisher besteht in Ostpreußen nur eine Margarinefabrik, und zwar in Königsberg. Das Wehlauer Werk ist der Königsberger Fabrik an Produktionsfähigkeit weit überlegen.

Wirtschaftsförderung der Grenzgebiete

Beim Reichswirtschaftsministerium wurde bereits vor einigen Jahren im Zuge der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eine Reichsausgleichsstelle für öffentliche Aufträge geschaffen, deren Aufgabe es ist, öffentliche Aufträge, die etwa in einem Gebiete mit verhältnismäßig geringer Arbeitslosigkeit anfallen, tunlichst in andere Gebiete zu vermitteln, denen, wie vor allem den Grenzgebieten, bei der Beseitigung der Arbeitslosigkeit größere Schwierigkeiten erwachsen. Im vergangenen Jahre wurde die Reichsaus-

gleichsstelle durch die Errichtung von Bezirksausgleichsstellen für öffentliche Aufträge in den Grenzgebieten ergänzt. Um die zusätzliche Arbeitsbeschaffung für diese Gebiete noch weiter zu intensivieren, hat die Reichswirtschaftskammer im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium ein Grenzwirtschaftsreferat geschaffen, dessen Zweck die zusammenfassende Bearbeitung aller mit der Grenzwirtschaft zusammenhängenden Fragen sein soll. Diese Stelle soll den Grenzgebieten zusätzliche Aufträge aus dem Innern des Reiches, verstärkte Kredithilfe und ausgleichende Eisenbahntarife verschaffen. Eine solche Tätigkeit ist nicht nur wirtschafts-, sondern auch bevölkerungspolitisch von großer Bedeutung. Es hat sich nämlich gezeigt, daß der starke Arbeitseinsatz im Innern des Reiches bei gleichzeitigem Andauern einer gewissen Arbeitslosigkeit in den Grenzgebieten eine wachsende Abwanderung von Facharbeitern aus den Grenzgebieten zur Folge hat. Das aber ist eine Entwicklung, die grenzpolitisch im höchsten Maße unerwünscht ist.

Ein deutsches Dorf wurde abgerissen

Für die Brutalität, mit der die polnische Regierung die deutsche Volksgruppe behandelt, bietet das tragische Schicksal der deutschen Kolonie Lidawka bei Luzk in Wolhynien ein äußerst lehrreiches Beispiel. Im Jahre 1873 hatten deutsche Ansiedler die Kolonie von dem damaligen Besitzer Stolarewski gepachtet. 1896 wurde der Pachtvertrag mit der neuen Besitzerin Umnowa erneuert. Der letzte Vertrag wurde dann 1912 abgeschlossen. 1921 ging das Land in den Besitz des Staates über. Die Uebernahme des Landes in eigenen Besitz wurde den deutschen Kolonisten verweigert. Im Herbst vorigen Jahres wurden die Kolonisten gezwungen, ihr Ackerland zu räumen. Bis zum 1. April d. J. mußten sie dann auch noch ihre Wohn- und Wirtschaftsgebäude, die sie überdies noch selber abreißen mußten, verlassen. 20 deutsche Familien sind hier vom polnischen Staat von ihrem Land, das sie und ihre Vorfahren 44 Jahre hindurch bewirtschaftet und aus unkultiviertem Boden in ertragreichen Acker verwandelt haben, vertrieben und in eine ungewisse Zukunft gestossen worden.

Deutsche Kunstausstellung in Kattowitz: Kjbnik

In der Zeit vom 4. bis 18. April veranstaltet die „Kattowitzer Künstlergruppe“, die als Arbeitsgemeinschaft dem „Deutschen Kulturbund für Polnisch-Schlesien“ angehört, in Kattowitz und vom 25. April bis 4. Mai in Kjbnik eine Ausstellung ausgewählter Werke des vergangenen Jahres. Neben Werken der Malerei, der Graphik und des Kunstgewerbes sind auch Werke der deutschen Bildhauerkunst Ostoberschlesiens auf dieser Ausstellung vertreten.

Die Halbinsel Hela wird befestigt

Durch Verordnung des polnischen Ministerpräsidenten ist der westliche Teil der Halbinsel Hela zum militärischen Sperrgebiet erklärt worden. Die Errichtung von Bauten, Straßen und Wegen, von Kanalisations-, Beleuchtungs-, Telephon- und Telegraphenanlagen, die Anlage von Gräben und Leichen, von Bewässerungs- und Entwässerungseinrichtungen sowie die Durchführung von Forschungen usw. sind nur noch mit Zustimmung der Militärbehörden gestattet. Weiter ist im Sperrgebiet die Vornahme photographischer und topographischer Aufnahmen verboten. Von der Genehmigung durch die Militärbehörden sind weiter abhängig Erwerb und Verwaltung, Miete und Pacht von Immobilien, schließlich das Wohnen und Aufenthalt im Sperrgebiet. Den Militärbehörden stehen auf der westlichen Halbinsel Hela, die zu einer polnischen Seefestung ausgebaut wird, also diktatorische Vollmachten zu.

„Ukrainische Kosakenbewegung“

Erhebliches Aufsehen erregte die Ende März veröffentlichte Mitteilung über die Auflösung einer illegalen ukrainischen Organisation, deren Verbreitungsgebiet Wolhynien war. Das Ziel dieser „Ukrainischen Kosakenbewegung“ soll die Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes gegen die polnische Fremdherrschaft gewesen sein. 43 führende Mitglieder wurden verhaftet. An der Spitze der Organisation stand ein gewisser Bolożyna, ein ehemaliger Oberst der Skoropadski-Truppen. Die Organisation soll eng mit den Kreisen der ukrainischen Nationalisten zusammengearbeitet haben. Die Mitteilung vom Vorhandensein einer staatsfeindlichen Organisation in Wolhynien konnte den nicht überraschen, der die Methoden kennt, mit denen die polnischen Regierungskreise jede völkische Bewegung der Ukraine in Wolhynien niederzubalten und die Existenz eines bewußten ukrainischen Volkstums in diesem Gebiete einfach zu leugnen versuchen. Die polnische Verwaltung liegt wie ein dünner Schleier über diesem ukrainischen Land. Sie glaubt dadurch, daß sie einige mehr oder weniger polonisierte Angehörige der spärlischen Schicht ukrainischer Intellektueller an sich herangezogen hat, die Führung der ukrainischen Bevölkerung in Händen zu haben. Tatsächlich aber steht sie mit der breiten Masse dieser Bevölkerung in keinem Kontakt; tatsächlich läßt sie den volksbewußten Elementen des wolhynischen Ukrainertums keine andere Wahl, als die: in Opposition zum Staate zu treten.

Bücher über den Osten

Verhängnisvolle Liebe. Roman von Sofja Nalkowska. Aus dem Polnischen überseht von A. von Guttrg. Marion von Schröder Verlag, Hamburg 1937. 278 Seiten. Preis Reinen 5,80 RM. — Sofja Nalkowska gehört als einzige Frau der Polnischen Literaturakademie an. Der vorliegende Roman, das erste ihrer Werke, das ins Deutsche überseht worden ist, ist mit dem polnischen Staatspreis ausgezeichnet worden. Die Handlung des Romans spielt in einer Stadt in der Nähe der sowjetischen Grenze, vermutlich in Nowogrodel. Die Charaktere der Menschen werden mehr kritisch beobachtet, als von innen heraus erklärt und entwickelt. Eine Frau, die keinen anderen Wunsch zu kennen scheint, als in stiller Zurück-

gezogenheit ihrem, im Leben nicht recht vorangekommenen Manne zu leben, und ein Mann, dessen leidenschaftliche und finstere Liebe die Ehe mit einer unschwärzten Frau unerschütterlich zu tragen scheint, sie dann aber um so tiefer zerstört, sind die beiden, den Knoten der Handlung schärgenden Personen. Die Handlung selber aber ist — wenigstens für einen deutschen Leser — das weniger Wichtige an diesem Roman; sie läuft aus, ohne die Spannung zu lösen, so daß man den Eindruck hat, daß sie noch einmal, aber mit vertauschten Rollen, anlaufen könnte. In die Handlung hineinverweben ist eine, mitunter leicht ironische Schilderung des polnischen Gesellschaftslebens, wie es sich im weißrussischen Gebiete Polens zwischen den Städten und Guto-

höfen abspielt. Das Thema dieser Milieuschilderung ist die Verdrängung der alten adligen Gutsbesitzerfamilien aus ihrer gesellschaftlich maßgebenden Stellung durch jene echten oder gespielten Revolutionäre, die sich um die Wiederrichtung des polnischen Staates wirklich oder angeblich verdient gemacht haben. In dieser Milieuschilderung finden die anderen Personen, die abseits von der eigentlichen Handlung stehen, die alte Gräfin, ihr Sohn und dessen amerikanische Frau, der Abgeordnete, die verschiedenen Beamten und Offiziere, die Vertreter der jungen Generation usw. ihren Platz. Dieser Teil des Romanes ist es, der das Ganze auch für einen deutschen Leser beachtenswert macht. Dr. K.

Der Jodel und die See. Jagdroman von Josef Wengenhoff. (Aus dem Polnischen übertragen von Dean Paul d'Ardeschah). Eßener Verlagsanstalt, Essen 1937. 400 Seiten. Preis Ganzleinen 5,80 RM. — Der Verfasser entstammt einer polonisierten deutschen Familie. Der Roman, dessen ganze Handlung in einzelne Jagdszenen eingespant ist, spielt im litauischen Gebiet zwischen Kauas und Wilna. Den Hintergrund der Handlung bildet die zwischen dunklen Wäldern, stillen Seen und weiten Feldern wechselnde Landschaft. Im Mittelgrund spielt sich das Leben zwischen litauischem Bauernhof und polnischem Edelsitz ab. Und im Vordergrund stehen die Gestalten des polnischen Studenten Michael und seines Freundes Stanislaw, sowie der litauischen Bauernochter Anielka und des Hofmädchens Marchulka. Der Roman gibt eine idealisierte Darstellung des polnisch-litauischen Verhältnisses, wie es, patriardalisch und freundschaftlich, lange vor dem Weltkrieg einmal gewesen sein soll und heute unwiederbringlich dahin ist. Das Volentum ist in der Hauptsache durch männliche Gestalten, das Litauerium fast ausschließlich durch junge Mädchen vertreten. Das erzählt in der Handlung, die immer wieder zu dem Grundmotiv der Jagd zurückführt, eine doppelte Spannung, die sich in einem Fall in der Ehe des „demokratisch“ gesinnten Herrn Stanislaw mit einem litauischen Bauernmädchen und im anderen Falle im Bericht des jungen Gutsbesizers und Studenten Michael auf das litauische Hofmädchen löst. In der Wertung der Charaktere läßt sich eine bemerkenswerte Abstufung feststellen: Die Polen erscheinen als die traditionell zu Herren des Landes bestimmten Personen, hin und wieder durch ein wenig, vorfichtig angebrachte Selbstkritik in ihrem Glanze getrübt. Die Litauer sind freigeiglig mit allen Eigenschaften gezeichnet, die den Polen, an ihnen, vor allen an ihren Frauen, angenehm sind. Wo einmal ein Russe erscheint, wird er als töpeltüchtig und verlogen an den Rand gezeichnet. Und wo ein deutscher Name auftritt, versteht der Verfasser nicht, sich über die schulmeisterliche Korrektheit und jeelische Schwunglosigkeit seines Trägers lustig zu machen. (Ob und inwiefern etwa in der deutschen Ausgabe dieses Romanes Kürzungen oder Aenderungen vorgenommen worden sind, ist bisher noch nicht nachgeprüft worden.) Dr. K.

Volkkunde und Siedlungsgeschichte Altpreußens. Von Heinrich Harmjan. Junker und Dammhaupt Verlag, Berlin 1936. 75 Seiten. Preis brosch. 2,80 RM. — Harmjan gibt noch einmal, in kritischer Sichtung der umfangreichen Literatur, einen knappen Abriss der Siedlungsgeschichte des von den alten Preuzen besiedelten Gebietes, also des bis zur mittleren Memel, zur Wislof-Narew-Linie und zur Drewenz-Weichsel-Linie reichenden Landes. Er streift die Rolle der Ostgoten, deren Reste sich bis zum 6. Jahrhundert zwischen Pajzarge und Weichsel gehalten haben, verweist auf die Spuren der Wikinger und Dänen, die sich vor allem im Samland feststellen lassen, und behandelt dann kurz die volkstümlichen Merkmale von Sprache, Volkskunst, Dorfform, Gehöftanlage und Haus. Im zweiten Teil versucht Harmjan, eine möglichst genaue Grenzumreißung der altpreußischen Landschaften (Pomesjanen, Pogesjanen, Cassen, Warmien, Samland, Natangen, Barten, Culmer Land, Galindien, Nadrauen, Schalauen und Sudauen) zu geben. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, daß die von Töppen, Engel, Weise und Hoffmann-Hurtig gezeichneten Karten wesentliche Fehler aufweisen. Die von Harmjan gezeichnete und dem Buch im Anhang beigelegte Karte der altpreußischen Landschaften dürfte die zuverlässigste kartennmäßige Darstellung der hier behandelten Frage sein. Dr. K.

Die obereschlesischen Industriearbeiter von 1740—1886. Von Karl Franzke. Verlag Priebatsch's Buchhandlung, Breslau 1936. (Schriften des Osteuropa-Institutes in Breslau, Neue Reihe, Heft 4). 128 Seiten. — Der Oberschlesier Franzke hat es sich zum Ziel gesetzt, einen Beitrag zum psychologischen Verständnis des obereschlesischen Industriearbeiters zu geben. Er beginnt seine Betrachtung mit dem Uebergang des Landes an Preußen, also mit der Zeit, in der, auf den spärlichen Resten des Bieiers- und Silberbergbaus und der Kaseneisenstein- und Galmzergangbau fußend, die neuzeitliche industrielle und bergbauliche Entwicklung Oberschlesiens einsetzt, und schließt ab mit dem Jahre, in dem sich mit einem neuen Kurs in der preußischen Polenpolitik die Folgen der polnischen Wählerarbeit in Oberschlesien deutlich bemerkbar zu machen begannen. Franzke betrachtet die Arbeitsbedingungen in der obereschlesischen Industrie, die rechtliche und sozialpolitische Lage der Berg- und Industriearbeiter, das Arbeiterwohnungsproblem, die Lohnverhältnisse und das Bildungswesen und verfuht dann, die Wirkungen, die die Wandlungen der wirtschaftlich-sozialen Struktur des Landes auf den einheimischen Menschen ausgeübt hat, darzustellen. Dieser tiefgreifende Wandel vom Robottmann zum Industriearbeiter, der sich in Oberschlesien unter besonders eigenartigen Bedingungen vollzogen hat, hätte eine noch eingehendere Darstellung verdient, als Franzke sie gibt. In seinen Schlußkapiteln kommt der Verfasser auf den Beginn der nationalpolnischen Arbeit in Oberschlesien zu sprechen. Er bestätigt hier die bekannte Erscheinung, daß die

polnische Arbeit in Oberschlesien ihren Ursprung nicht im Lande selbst gehabt hat, sondern von Polen her importiert worden ist, und die weitere typische Erscheinung, daß die polnische Arbeit in Oberschlesien nicht unter nationalpolnischer Parole betrieben worden ist, sondern nur dank einer Stempellosen Ausnutzung und Verschärfung konfessioneller und sozialer Spannungen zu ihren Erfolgen zu gelangen vermocht hat. Im ganzen ist die Arbeit eine nützliche und abgerundete Darstellung eines sonst in der Literatur weit zerstückelten Problems.

Dr. K.

Aus der Geschichte von Schulzig und den umliegenden Dörfern. Von Philipp Rudolf. Verlag der Historischen Gesellschaft für Posen, Posen 1938. 192 Seiten. Preis Gegenwert von 8 Flotj. — Der Verfasser der vorliegenden Arbeit ist der Schriftleiter der „Deutschen Schulzeitung in Polen“. Er hat mit ihr einen wertvollen Beitrag zur Deutschumforschung des Posener Landes geliefert. Ueber Schulzig und die „Holländerdörfer“ seiner Umgebung hat es bisher keine zusammenfassende Darstellung gegeben. Für die ältere Zeit, also die Zeit vor dem Uebergang des Landes an Preußen im Jahre 1772, hat Rudolf aus Kirchenbüchern usw. viel neues Material zu Tage gefördert. Das kleine Weichselstädtchen, das im Jahre 1325 Magdeburger Rechte erhalten hat, hat damals sicherlich auch deutsche Bürger gehabt. Von diesem ältesten Deutschum ist jedoch nichts übrig geblieben. Um 1720 jedenfalls ist Schulzig rein polnisch gewesen; es hat damals freilich nur 23 (!) Bürger gehabt. Dann aber hat es von neuem deutschen Bezug erhalten, so daß die Einwohnerschaft der Stadt nach 1750 zu mehr als einem Viertel aus Deutschen bestand. Kein deutsch dagegen sind von Anfang an die zumest um 1600 gegründeten Holländerdörfer der Schulziger Umgebung gewesen. Schon vorher — seit 1200 — haben deutsche Kolonisten in dieser Gegend gelebt. Und die Dörfer haben sich bis zum Uebergang an Preußen auch deutsch und evangelisch erhalten. Im ganzen Schulziger Gebiet, einschließlich der Stadt, hat das Deutschum im Jahre 1772 über vier Fünftel der Bevölkerung ausgemacht, und zu Ende des Weltkrieges gar weit mehr als 80 v. H. Rudolf verfolgt die Geschichte der Stadt und der umliegenden Dörfer vom 13. Jahrhundert, aus dem die ersten Nachrichten z. B. über die Dörfer Langenau und Ottertau vorliegen, bis heute. Auch diese, sorgfältig alles erreichbare Uebermaterial heranziehende Arbeit beweist von neuem, das, was nicht oft genug wiederholt werden kann: daß das Deutschum kein Bevölkerungselement ist, das erst mit Hilfe des preussischen Staates in das durch Versailles vom Reich abgetrennte Gebiet hineingepumpt worden ist, daß sich vielmehr das Deutschum dort schon lange vor dem Zerfall des polnischen Staates sein Lebens- und Heimatrecht durch schöpferische Arbeit erworben und gesichert hatte, noch mehr: daß der deutsche Bevölkerungsanteil in diesen Gegenden zur Zeit der sogenannten Teilung Polens weit höher war, als selbst von deutscher Seite bisher angenommen wurde. Der

eigentlichen Darstellung sind zwei Anhänge beigefügt, von denen der erste alle in den Laufregistern von 1664 bis 1772 festgestellten deutschen Kolonistenamen enthält, während der zweite Anhang die Namen der 1935 zur Kirchensteuer veranlagten Gemeindeglieder des evangelischen Schuliger Kirchspiels verzeichnet. Ein Vergleich der beiden Register, die fast 60 Seiten umfassen, läßt müßlos die Aleingefessenheit der heute noch in Schulzig und Umgebung sitzenden Deutschen erkennen. Zu der Bedeutung, die die Arbeit in bezug auf die Deutschumgeschichte der Schuliger Gegend besitzt, kommt also noch ihre familiengeschichtliche Bedeutung hinzu. 12 Bildtafeln geben alte Urkunden sowie Stadt- und Landschaftsbilder wieder.

Dr. K.

Deutsches Grenzland. Jahrbuch des Instituts für Grenz- und Auslandsstudien. Herausgegeben von Max Hildebert Böhm und Karl E. von Voelck. Deutsche Buchvertriebsstelle, Berlin 1937. 132 Seiten, davon 32 Seiten Bilder. — Das gut ausgestattete Buch enthält Einzelbeiträge verschiedener Verfasser. Max Hildebert Böhm spricht über das Werden der deutschen Volksstumkunde von Jahn und Nisch bis zur Gegenwart. Die Volksstumkunde will, so sagt Böhm, „die spezialisierte Einzelrecherche nicht ersetzen und überflüssig machen, sie setzt diese Forschung vielmehr voraus, übernimmt einen großen Teil ihrer Ergebnisse und fügt sie wieder zu einem Gesamtbild deutschen Volkstums zusammen“. Hans Harmsen gibt einen statistischen Ueberblick über die biologische Lebenskraft der europäischen Völker. Voelck behandelt in interessanten Ausführungen die Herausbildung der französischen Sprache, die sich mit Hilfe des Staates über den heute als französisch bezeichneten Raum, einer volklichen und rassistischen Vielheit, ausgebreitet hat. Friedrich Koss spricht über die verkehrspolitische Lage Ostpreußens, insbesondere das durch den Korridor aufgeworfene Verkehrsproblem. Alfred Petrau gibt einen Ueberblick über die Entwicklung der Häfen von Danzig und Gdingen (bis einschließlich 1935). Kurt Witt erläutert die volklichen Probleme, die sich im Mährisch-Osttrauer Gebiet aus dem Zusammenstoßen dreier Volkstümer, des deutschen, polnischen und tschechischen, ergeben. Gustav Adolf von Metny charakterisiert die Italiener als ein landfremdes Element im Kanaltal, der strategisch wichtigen Einbruchsstelle nach Kärnten sowohl wie ins Sanetal; er macht dabei sehr aufschlußreiche Bemerkungen über das Verhältnis zwischen Italienern und Furlanern. Otto Albrecht Sabert schließlich sucht das Volkergewirr des Donau-Theiß-Winkels zu entwirren und die durch die politischen Umwälzungen hervorgerufenen volkspolitischen Entwicklungstendenzen festzuhalten. Theodor Grenztrap macht einige Bemerkungen über die Erforschung des katholischen Auslandsdeutschums. Im wesentlichen ist das Buch also der Frage der „Völkerdreiecke“ gewidmet, deren Erforschung die vielfältigsten und aufschlußreichsten volkspolitischen Erkenntnisse vermittelt.

Dr. K.

Der Kronprinzenprozeß, Friedrich und Kette. Von Carl Hinrichs. Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg 1938. 200 Seiten. Preis kartoniert 6,80 RM. Leinen 6,80 RM. — Der Konflikt zwischen Friedrich Wilhelm von Preußen und dem Kronprinzen Friedrich ist eine der weltgeschichtlich bedeutendsten und menschlich ergreifendsten Thronfolgerkonflikte, die die Geschichte der europäischen Fürstendhäuser kennt und an denen auch die Geschichte des Hauses Hohenzollern nicht arm ist. Dieser Konflikt bedeutete für die Zukunft des damaligen preussischen Staates nicht weniger als heute der Kampf um die Erziehung und Führung der Jugend eines ganzen Volkes. In diesem Konflikt wurde Friedrich zum Preußen. Es lohnt sich daher, ihn in all seinen Einzelheiten kennen zu lernen. Carl Hinrichs hat in seinem Buche, dem er eine in den Zusammenhang einführende Einleitung vorausgeschickt hat, die wichtigsten Akten des durch den Fluchtversuch des Kronprinzen ausgelösten Prozesses zusammengestellt: Sie umfassen den Zeitraum vom 12. August bis zum 29. November 1730, also die Zeit vom ersten Verhör des Kronprinzen bis zur ersten Lockerung seiner kaiserlichen Haft nach der Hinrichtung Kattes. Die Vernehmungprotokolle, die Anweisungen und Befehle des Königs, die Briefe Kattes und Friedrichs, die Voten des Kriegesgerichtes und die Berichte der Offiziere und Pastoren, denen der gefangene Kronprinz anvertraut worden war, geben einen tiefen Einblick in diese für Preußen und Deutschland entscheidende Zeitspanne und in die von unbedingtem Gehorsam, rücksichtsloser Gewandtheit, harter Sparsamkeit und tiefer protestantischer Gläubigkeit getragene Welt Friedrich Wilhelms I. Das Buch von Hinrichs bringt viel neues, bisher unveröffentlichtes Material.

Dr. R. Friedrich der Große und sein Minister. Von Walter von Molo. Das Heft enthält drei Erzählungen: das Zusammentreffen Friedrichs des Großen mit seinem Bruder und seinem Minister Graf Finckenstein, die ihn nach der Plünderung Berlins durch die Russen um die

Beendigung des Krieges bitten (es handelt sich um einen Auszug aus dem bekannten Friedrichs-Roman Molo); eine Kabinettsitzung nach der Besetzung Preußens durch die Heere Napoleons, in der Freiherr vom Stein zur Fortsetzung des Krieges und zur Durchführung politischer Reformen im Innern rät; und eine Szene aus der letzten Zeit vor Beginn des Befreiungskrieges. — **Edwände und Beschieden vom alten Krieg.** Den Inhalt des Heftes bilden zehn Beschieden, eine kleine Auswahl aus der Fülle von Erzählungen, in denen die Gestalt des Königs im Volke lebt. — **Bauernsage vom Alten Krieg.** Von Josef Winkler. Diese Sage ist ein Ausschnitt aus dem Buche Winklers „Der Alte Krieg“. Sie zeigt den König als Soldaten- und Landesvater, der sich auch um die kleinsten Dinge selber kümmert und auf seinen häufigen Reisen überall in seinem Staate nach dem Rechten sieht. — **Im Dienste Friedrichs des Großen.** Von Willibald Alexis. Diese Erzählung aus dem Jahre 1700 ist dem Roman von Alexis „Cabanis“ entnommen. — Die vier Hefte sind im Verlag von Julius Bels, Langensalza, erschienen. Umfang 40 bis 48 Seiten. Preis gebunden 0,63 RM., broschiert 0,27 RM.

Thorner Heimatbund. Jahrbuch 1937. Bearbeiter von Paul Kollmann. 44 Seiten. — Das Jahrbuch ist vom Thorer Heimatbund in Berlin herausgegeben. Es bringt einen interessanten Beitrag über das Thorer Stadtwappen, der Klarheit in gewisse Widersprüche bringt, die sich in dieser Frage ergeben hatten. Den Hauptteil nimmt eine Zusammenfassung ein, die die jeweils mit wenigen Sätzen umrissenen Lebensläufe Thorer Landleute bringt. Es folgt eine ebenso knappe Lebensfrist über das Schicksal der deutschen Regimenter, die bis zum Umsturz in Thorn in Garnison gelegen haben. Weiter enthält das Heft die Lebensdaten des Jahrgangs 1900 der Thorer Gymnasial- und Realabiturienten und eine Zusammenfassung derjenigen ehemaligen Thorer, die nach ihrer Verdrängung aus der alten Heimat gestorben sind.

Lieferant des B.D.O.

für
Gummistempel - Metallstempel
Numeraturs - Faginer - Maschinen
- Kissen - Farben - Halter -

**Stempelfabrik
Arno Lietz, Dresden A1**

Breite Str. 6 — Ruf 22385
Zuverlässig und preiswert
Eilige Gummistempel in wenig
Stunden!

Otto Thiemann

Cottbus. Ruf 4183

Sandowerstr. 3

führt

Erd- u. Feuerbestattungen

sorgfältigst aus

Jedes Buch

jede Zeitschrift liefert

Riedel, Buchhandlung

Forn/Lausitz, Cottbusstraße 17

Fabrik für:

Abzeichen aller Art

Medaillen u. Plaketten
Schließ- u. Sportpreise

Glaser & Sohn, Dresden, Bornig. 5

**Besucht den
deutschen Osten!**

Verlag Dr. Friedrich Cömer, Berlin SW 61, Danzigerstr. 2-2. — Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Strehel, Berlin-Friedrichsdenk., 30 Str. 2. — Druck: Welttempel-Druckerei G. m. b. H., Berlin-Grünzweig, Kolonnenstr. 7. — Verantwortlich für Anzeigen: Axel Haupt, Berlin SW 15. — Erscheint monatlich zweimal. Bestpreis vierteljährlich RM. 0,50. Einzelnnummer RM. 0,20 und RM. 0,16 Folgebände. — Anzeigenpreise siehe 4. — 3. u. W. g. — Alle Briefschaften sind an den Bund Deutscher Osten, Berlin SW 30, Poststr. 46 (Herrn) B 5 Barbarossa 0914 zu richten.